GRAND CONSEIL
GROSSER RAT
ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Résolution 2014-GC-142

Burgener Woeffray Andrea, Lambelet Albert		
Für einen nationalen Zusammenhalt		
Mitunterzeichner : 4	Angenommen: 12.09.2014	Weitergeleitet: 15.09.2014
Adressaten:	Staatsrat des Kantons Freiburg Büro des Grossen Rates	

Der Text wurde vom Grossen Rat angenommen
87 Stimmen dafür / 0 dagegen / 0 Enthaltungen:

Eines der wesentlichen Merkmale der Schweiz ist die Vielfalt ihrer Kulturen und Sprachen. Sie bedingt ein gutes Mass an gegenseitiger Solidarität, Interesse am anderen und das Verständnis dafür, dass die gegenseitige Beachtung der eigentliche Kitt des Landes ist. Entsprechend alarmierend ist, dass einige Kantone der deutschen Schweiz diese Solidarität aufs Spiel setzen und dabei sind, die französische Sprache herabzustufen. Aktuelle Beispiele sind die Entscheide resp. Initiativen in den Kantonen Thurgau, Nidwalden und Luzern, das Frühfranzösisch aus dem Lehrplan der Primarstufe zu streichen.

Der Kanton Freiburg, an der Schwelle zur deutschen Schweiz und zur Romandie, hat seit jeher viel in das Lernen der zweiten Landessprache investiert. Er hat mit der Zustimmung zum Bildungsartikel in der Bundesverfassung und seinem Beitritt zur "Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule" (HarmoS-Konkordat) ausdrücklich bekräftigt, dass er es als wichtig und sinnvoll erachtet, dass die Eckwerte im Bildungsbereich national einheitlich zu regeln sind. Diese institutionelle Errungenschaft im Bereich der obligatorischen Schulbildung darf nicht aufs Spiel gesetzt werden.

Im Interesse die Werte der Schweiz, insbesondere den nationalen Zusammenhalt, hochzuhalten, fordert der Grosse Rat des Kantons Freiburg,

> den Staatsrat auf, sowohl beim Bundesrat als auch bei der EDK vorstellig zu werden:
  > beim Bundesrat, um diesen aufzufordern, vermehrt in das gegenseitige Kennenlernen und Verstehen der Landeskulturen zu investieren, den Austausch zu fördern sowie das Erlernen der zweiten Landessprache in der Primarschule im Interesse des Landes zu verfolgen;
  > bei der EDK, um diese eindringlich zu bitten, die Lücken des Erlernens der zweiten Landessprache in der Lehrerbildung sowie bei den Lehrmitteln zu schliessen als auch den Kantonen Vorschläge zu machen, wie interindividuelle Unterschiede im Sprachenlernen gelöst werden könnten.

> sein Büro auf, sich in seinem Namen an die Kantonsparlamente zu wenden und sich als Partner des Dialogs anzubieten.

> Der Staatsrat wird diesen Vorstoss binnen der gesetzlichen Frist beantworten.

—